

Waldenburg, 07. Mai 2015

## Medienmitteilung

### **FDP Baselland fasst die Abstimmungsparolen für den 14. Juni 2015** Parteitag empfiehlt 4x Nein und 2x Ja

---

**Vier nationale und zwei kantonale Vorlage standen am Parteitag der Baselbieter FDP am Donnerstagabend zur Diskussion. Die Delegierten fassten die Nein-Parole zur Änderung des Bundesgesetzes über Radio und Fernsehen, zur «Stipendieninitiative», zur Volksinitiative «Millionen-Erbenschaften besteuern für unsere AHV (Erbchaftssteuer-reform)» und zur Änderung Gesetzes über die politischen Rechte. Weiter wurde die Ja-Parole gefasst zum Bundesbeschluss über die Änderung der Verfassungsbestimmung zur Fortpflanzungsmedizin und Gentechnologie im Humanbereich sowie zur formulierten Verfassungsinitiative «Für eine wirkungsvolle Kooperation in der Region (Regio-Kooperationsinitiative)».**

Die Delegierten der FDP.Die Liberalen Baselland haben am Donnerstagabend in Waldenburg die Parolen für die Abstimmung vom 14. Juni 2015 gefasst. Nationalrätin Daniela Schneeberger stellte den Delegierten die Änderung des Bundesgesetzes über Radio und Fernsehen vor. Als Mitglied des Referendumskomitees hat sie sich klar gegen die Gesetzesrevision ausgesprochen und den Delegierten die Nein-Parole beantragt. Landrat Andreas Dürr, Vizepräsident der SRG Region Basel, machte sich im Gegensatz zu Schneeberger für die Ja-Parole stark. Das RTVG stehe für eine moderne Medienabgabe, weniger Bürokratie, mehr Fairness und weniger Gebühren. Er vermochte die Delegierten mit seinen Argumenten allerdings nicht zu überzeugen. Diese folgten dem Antrag von Schneeberger und beschlossen grossmehrheitlich die Nein-Parole.

Landrat Sven Inäbnit erläuterte den Delegierten den Bundesbeschluss über die Änderung der Verfassungsbestimmung zur Fortpflanzungsmedizin und Gentechnologie im Humanbereich. Die FDP Baselland folgte seiner Empfehlung und schloss sich damit der Parolenfassung der FDP Schweiz an; die Delegierten sprachen sich grossmehrheitlich für die in ihren Augen ausgewogene und zeitgemässe Vorlage aus.

Eine weitere eidgenössische Vorlage wurde von Landrat Andreas Dürr präsentiert. Er machte deutlich, dass eine Annahme der «Stipendieninitiative» mit weitreichenden finanziellen Folgen verbunden wäre. Es handle sich um eine unnötige Zentralisierung, welche die aufgegleiste Harmonisierung in diesem Bereich verzögere. Entsprechend beantragte Dürr den Delegierten die Nein-Parole zu beschliessen. Diese folgten dem Antrag und beschlossen einstimmig die Nein-Parole.

Landrat Christoph Buser machte sich stark für ein Nein zur Volksinitiative «Millionen-Erbenschaften besteuern für unsere AHV (Erbchaftssteuerreform)». Die Initiative bedrohe Familienunternehmen und entmachte die Kantone, indem sie in deren Steuerhoheit eingreife. Der bewährte Föderalismus würde mit dieser wirtschaftsfeindlichen Initiative ausgehebelt. Auch die Delegierten waren der Ansicht, dass die Einführung einer neuen Bundessteuer, welche die Existenz von KMUs bedrohe, abzulehnen sei. Sie beschlossen deshalb mit einer Ausnahme die Nein-Parole.

Neben den vier nationalen Vorlagen hat das Baselbieter Stimmvolk am 14. Juni 2015 über zwei kantonale Vorlagen zu befinden. Die von Landrat Christof Hiltmann vorgestellte formulierte Verfassungsinitiative «Für eine wirkungsvolle Kooperation in der Region (Regio-Kooperationsinitiative)» wurde von den Delegierten klar begrüsst. Sie fassten ohne Gegenstimmen die Ja-Parole zu der von alt Nationalrat Hans Rudolf Gysin initiierten Volksinitiative. Landrat und Fraktionspräsident Rolf Richterich stellte den Delegierten zu guter Letzt die Vorlage zur Änderung des Gesetzes über die politischen Rechte (VOTE ELECTRONIQUE) vor. Er konnte die Delegierten mit seinem Argument, dass es kein Gesetz auf Vorrat brauche, überzeugen. Eine deutliche Mehrheit sprach sich für die Nein-Parole aus.

---

#### **Kontakt:**

Christine Frey, Präsidentin FDP Baselland, Mobile 076 442 09 20